



Ausgewählte Ergebnisse der Politikpanel Deutschland Umfrage Juli 2025

18.07.2025

Prof. Dr. Uwe Wagschal
Dr. Sebastian Jäckle

Unter Mitarbeit von Dr. James K. Timmis und Judith Reinbold M.Sc

Kontakt:

Prof. Dr. Uwe Wagschal
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Seminar für Wissenschaftliche Politik
Werthmannstraße 12
79085 Freiburg
E-Mail: politikpanel@politik.uni-freiburg.de
Telefon: 0761/203-9361



Inhaltsverzeichnis

A: Umfragedauer	2
B: Alter & Geschlecht	3
C: Alter & Bundesland	4
1. Hitzewelle	5
2. Aktuelle militärische Konflikte	6
3. Weitere aktuelle Fragen – Regenbogenflaggen, Kritik an Israels Einsatz im Gazastreifen, militärische Unterstützung der Ukraine und Strompreise	8
4. Pflege und Gesundheit	11
5. Gesundheit	15
6. Digitale Spiele / Gaming	19

Das Politikpanel Deutschland ist eine Online-Befragung der Universität Freiburg unter der Leitung von Prof. Dr. Uwe Wagschal (Seminar für Wissenschaftliche Politik), die seit der Bundestagswahl 2017 in unregelmäßigen Abständen durchgeführt wird. Dabei wurden bislang mehrere zehntausend Personen befragt.

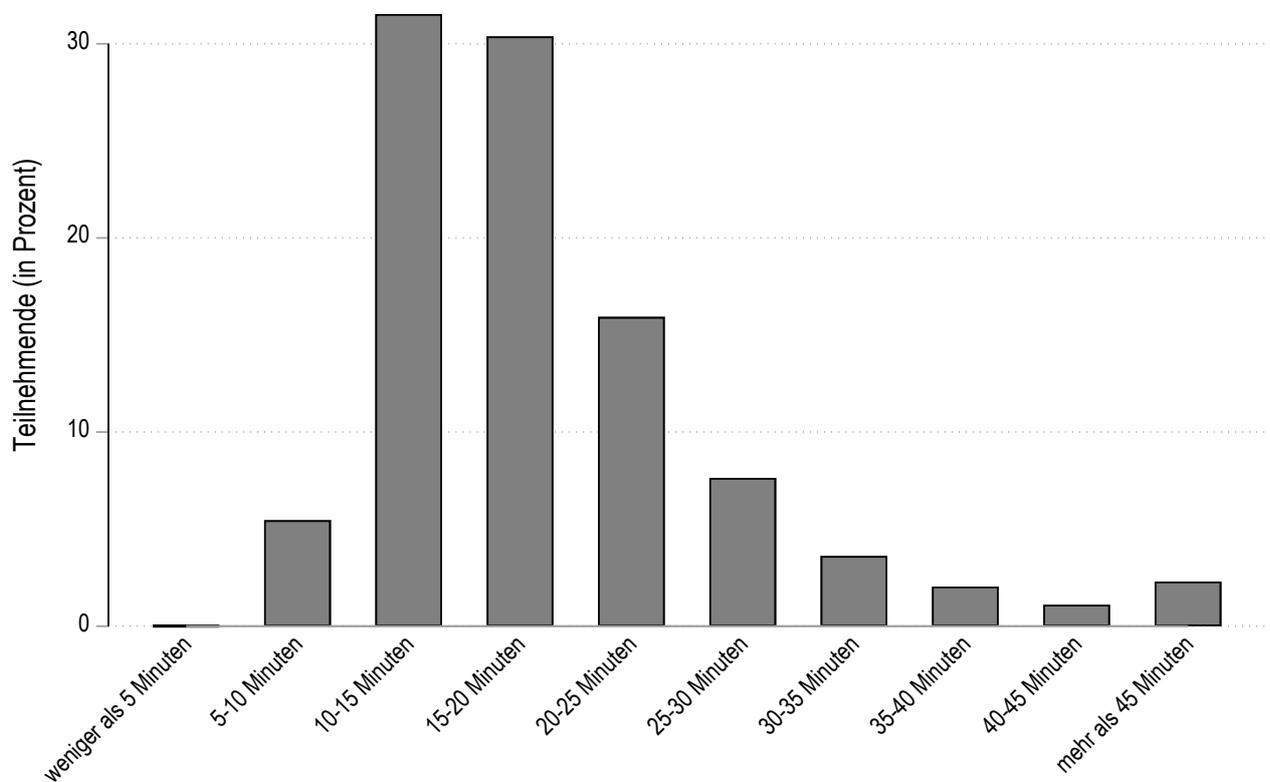
Die vorliegende Befragung wurde im Zeitraum vom 04.-13. Juli 2025 durchgeführt. Insgesamt haben an der Umfrage 7362 Personen teilgenommen, wobei 6826 den Fragebogen beendeten.

Die Teile A-C geben einen Überblick über den ungewichteten Datensatz.

Für alle weiteren Analysen (1-5) werden die Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ein Proportional Iterative Fitting Verfahren (Raking) anhand der Randhäufigkeiten von Altersgruppe (18-30, 31-45, 46-60, 60+), Geschlecht (m/w) und Bundesland an die reale Verteilung in der Bevölkerung angepasst. Durch diese Gewichtung ist es möglich, ähnlich wie bei einer Zufallsstichprobe, verallgemeinerbare Aussagen über die gesamte Bevölkerung anzustellen. Diese Gewichtung sowie die bei allen Fragen gegebene Möglichkeit keine Antwort zu geben, erklären auch die Differenzen in der Gesamtfallzahl in den folgenden Auswertungen.

A: Umfragedauer

Ungewichtet in Prozent aller Teilnehmenden, die die Umfrage ohne Unterbrechung beendet haben (N = 6524)



Die mittlere Umfragedauer (Median) lag bei etwa 16:58 Minuten. 302 Personen haben nach einer längeren Unterbrechung (> 60 Min) die Umfrage beendet. Für diese ist keine Umfragedauer ausgewiesen. 536 Personen haben die Umfrage begonnen, aber nicht beendet. Diese haben im Mittel (Median) 0:31 Minuten auf der Online-Seite der Umfrage verbracht.

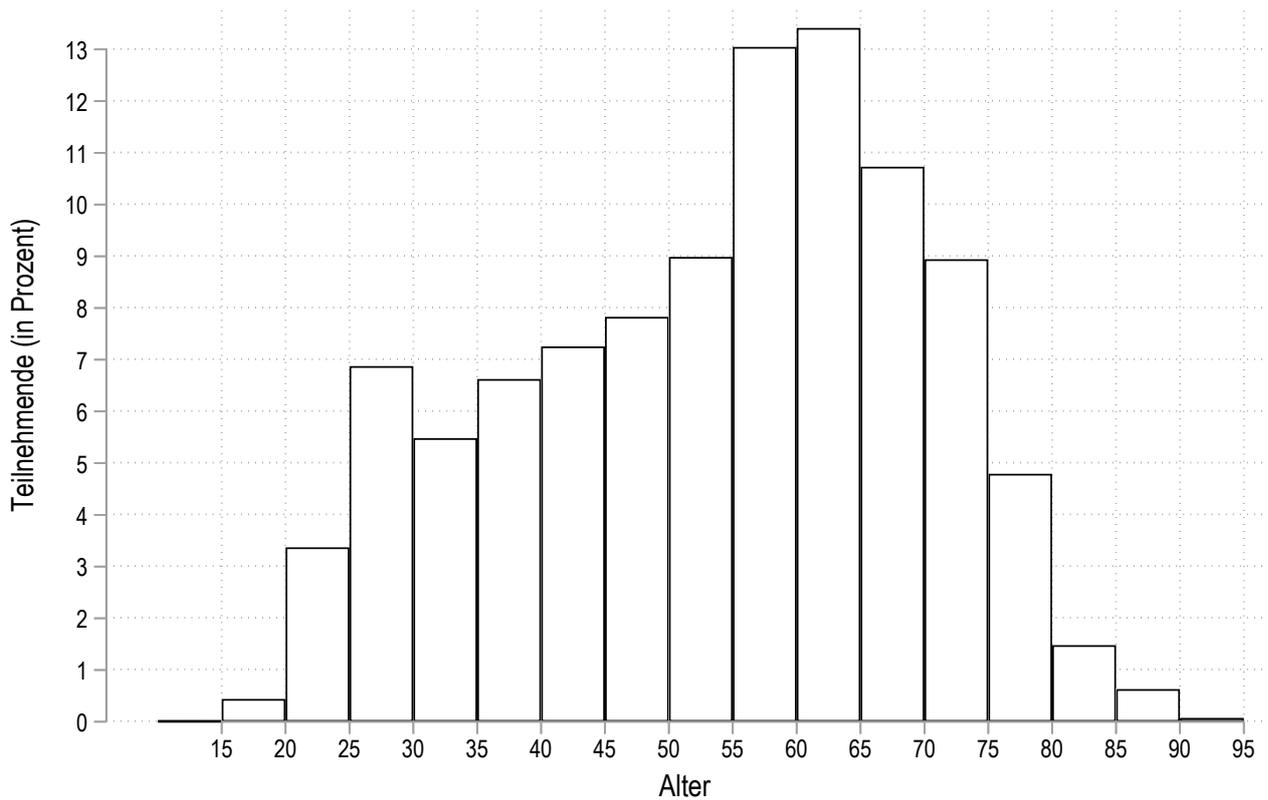
B: Alter & Geschlecht

Ungewichtete absolute Anzahl an Teilnehmenden, die die Umfrage beendet haben (obere Zeile) + Spaltenpro- zente (untere Zeile).

Geschlecht	Altersgruppe					Summe
	18-30	31-45	46-60	> 60	k.A.	
männlich	477 59,62	777 58,12	1214 57,02	1635 64,19	4 30,77	4107 60,17
weiblich	296 37,00	526 39,34	887 41,66	904 35,49	5 38,46	2618 38,35
nicht-binär	23 2,88	19 1,42	8 0,38	0 0,00	1 7,69	51 0,75
k.A.	4 0,50	15 1,12	20 0,94	8 0,31	3 23,08	50 0,73
Summe	800 100,00	1337 100,00	2129 100,00	2547 100,00	13 100,00	6826 100,00

Männer sind in der Umfrage überrepräsentiert. Dies ist ein bekanntes Phänomen bei sich selbst rekrutierenden Online-Umfragen zu politischen Themen. In Bezug auf die Altersverteilung hingegen ist diese Umfrage des Politikpanel Deutschland relativ gut repräsentativ. Es sind sowohl junge als auch ältere Personen vertreten.

Altersverteilung aller Teilnehmenden, die die Umfrage beendet haben



C: Alter & Bundesland

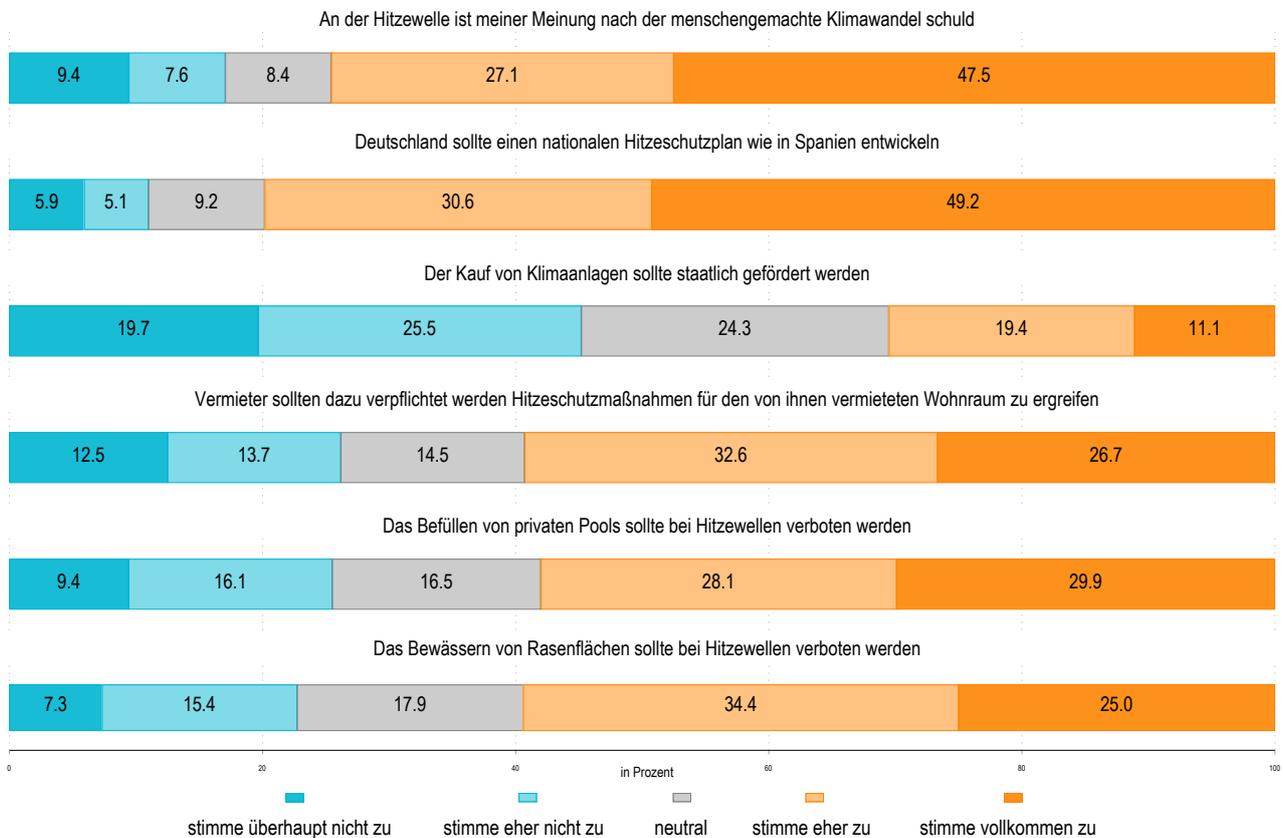
Bundesland	Altersgruppe					Summe
	18-30	31-45	46-60	> 60	k.A..	
Baden-Württemberg	258 32,25	268 20,04	397 18,65	637 25,01	5 38,46	1565 22,93
Bayern	107 13,38	205 15,33	314 14,75	293 11,50	4 30,77	923 13,52
Berlin	34 4,25	82 6,13	90 4,23	75 2,94	0 0,00	281 4,12
Brandenburg	18 2,25	25 1,87	52 2,44	55 2,16	0 0,00	150 2,20
Bremen	6 0,75	34 2,54	83 3,90	186 7,30	0 0,00	309 4,53
Hamburg	21 2,63	24 1,80	44 2,07	40 1,57	0 0,00	129 1,89
Hessen	46 5,75	90 6,73	141 6,62	132 5,18	0 0,00	409 5,99
Mecklenburg-Vorpommern	7 0,88	18 1,35	36 1,69	36 1,41	0 0,00	97 1,42
Niedersachsen	52 6,50	101 7,55	184 8,64	221 8,68	1 7,69	559 8,19
Nordrhein-Westfalen	133 16,63	251 18,77	426 20,01	488 19,16	1 7,69	1299 19,03
Rheinland-Pfalz	23 2,88	46 3,44	94 4,42	112 4,40	0 0,00	275 4,03
Saarland	4 0,50	16 1,20	25 1,17	18 0,71	0 0,00	63 0,92
Sachsen	29 3,62	65 4,86	72 3,38	63 2,47	1 7,69	230 3,37
Sachsen-Anhalt	14 1,75	24 1,80	36 1,69	28 1,10	0 0,00	102 1,49
Schleswig-Holstein	19 2,38	36 2,69	81 3,80	80 3,14	0 0,00	216 3,16
Thüringen	20 2,50	40 2,99	36 1,69	59 2,32	0 0,00	155 2,27
k.A.	9 1,13	12 0,90	18 0,85	24 0,94	1 7,69	64 0,94
Summe	800 100,00	1337 100,00	2129 100,00	2547 100,00	13 100,00	6826 100,00

Ungewichtete absolute Anzahl an Teilnehmenden, die die Umfrage beendet haben (obere Zeile) + Spaltenprozentage (untere Zeile).

1. Hitzewelle

Vor dem Hintergrund der jüngsten Hitzewelle (Anfang Juli kletterten die Temperaturen in Deutschland teilweise auf 39 Grad Celsius) enthielt das Politikpanel einige Fragen zum Thema Hitzewellen.

Abbildung 1.1: Hitzewelle



Am wenigsten umstritten ist die Aussage, dass Deutschland angesichts der jüngsten Hitzewellen einen nationalen Hitzeschutzplan entwickeln sollte, ähnlich wie dies in Spanien bereits gemacht wurde. Fast 80 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage eher oder vollkommen zu. Ähnlich sieht es bei der Frage aus, ob an der jüngsten Hitzewelle der menschengemachte Klimawandel schuld ist. Dies wird von etwa 17 Prozent eher oder vollkommen verneint, wohingegen knapp 75 Prozent dem eher oder vollkommen zustimmen. Interessant ist, dass bei diesen beiden Fragen im Vergleich zu den konkreteren Maßnahmen-Fragen von weniger Befragten die neutrale Antwortkategorie gewählt wurde. Offensichtlich sind die Meinungen zu diesen eher generellen Einschätzungen der Hitzewellen klarer ausgeprägt, als die Einstellungen zu möglichen konkreten Maßnahmen.

In Bezug auf mögliche, in der öffentlichen Debatte immer wieder diskutierte Konsequenzen aus Hitzewellen lässt sich festhalten, dass jeweils knapp 60 Prozent den Maßnahmen, die staatliche Eingriffe in das Privatleben bedeuten würden eher oder vollkommen zustimmen. Dazu zählen in diesem Fall die Verpflichtung für Vermietende, Hitzeschutzmaßnahmen für den vermieteten Wohnraum zu ergreifen und das Verbot der Befüllung privater Pools und des Bewässerns von Rasenflächen bei Hitzewellen. Zwischen 23 und 26 Prozent lehnen diese Maßnahmen eher oder vollkommen ab. Bei der Frage, ob der Kauf von Klimaanlage staatlich gefördert werden sollte, herrscht die größte Uneinigkeit bei den Befragten. Während dies von 45 Prozent eher oder vollkommen abgelehnt wird, befürworten es 31 Prozent der Befragten eher oder vollkommen. Gleichzeitig ist dies auch die Frage, bei der die meisten Befragten (knapp $\frac{1}{4}$) die neutrale Antwortkategorie gewählt haben.

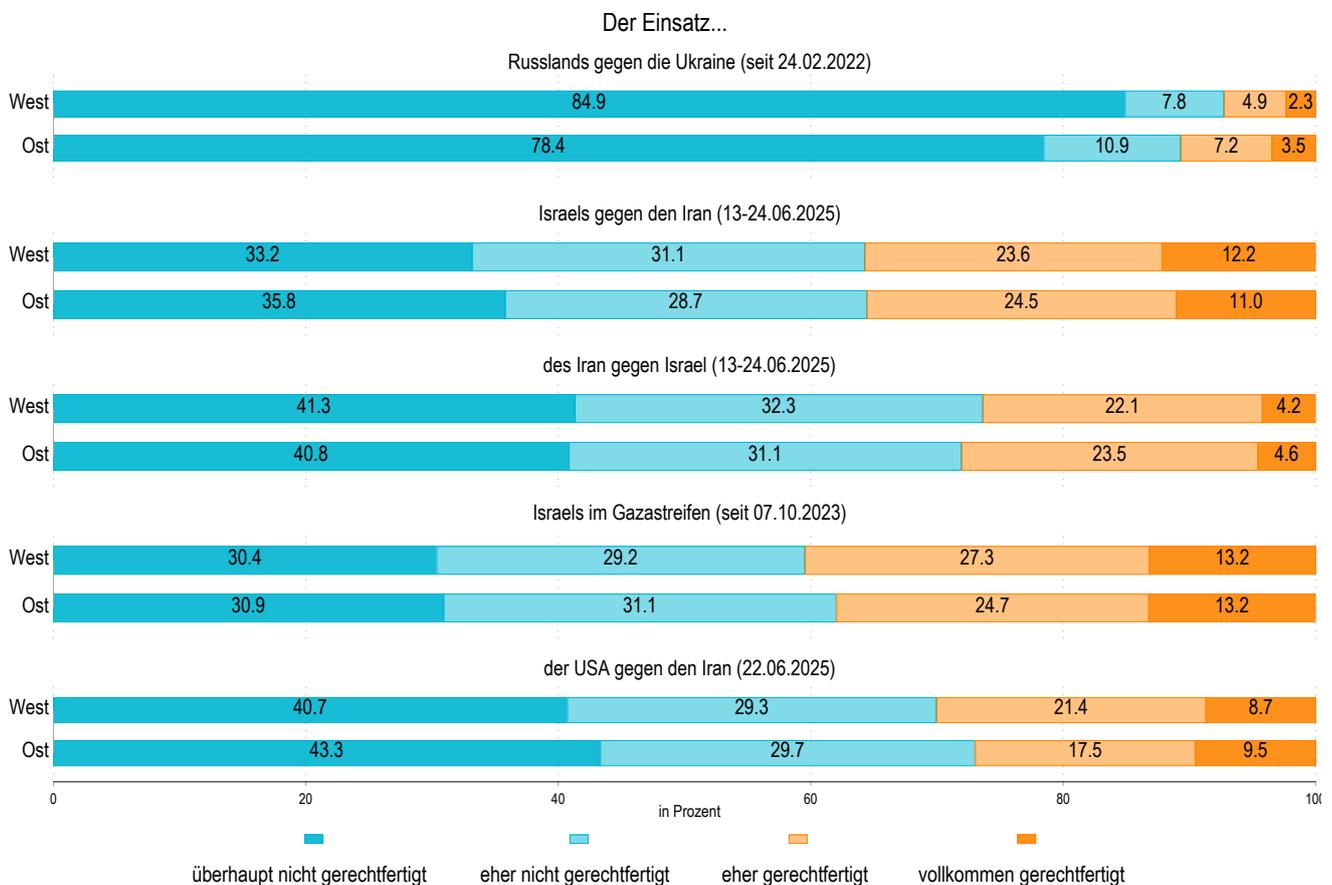
2. Aktuelle militärische Konflikte

Vor dem Hintergrund der militärischen Auseinandersetzungen der letzten Wochen, Monate und Jahre wurde in der aktuellen Politikpanel-Umfrage danach gefragt, inwieweit bestimmte Militäreinsätze von den Befragten als gerechtfertigt gesehen werden. Auswertungen nach Wohnort in Ost- und Westdeutschland, nach Altersgruppe und nach Geschlecht liefern die folgenden Ergebnisse.

Der Militäreinsatz Russlands gegen die Ukraine wird von den Befragten im Vergleich zu den anderen abgefragten Militäreinsätzen als am wenigsten gerechtfertigt wahrgenommen. Deutschlandweit sind es knapp 8 Prozent die diesen Einsatz als eher oder vollkommen gerechtfertigt betrachten. In Ostdeutschland sind es über 10 Prozent, im Westen etwas über 7 Prozent. Relativ betrachtet ist der Unterschied zwischen West und Ost bei dieser Frage größer als bei den vier anderen abgefragten Militäreinsätzen. Die Einsätze Israels (gegen den Iran und im Gazastreifen) werden über alle Befragten hinweg von etwa 40 Prozent für eher oder vollkommen gerechtfertigt gehalten, etwa 60 Prozent sehen sie als (eher) nicht gerechtfertigt. Als am wenigsten gerechtfertigt werden die Einsätze des Iran gegen Israel sowie der USA gegen den Iran gesehen. Hier sind es unter allen Befragten knapp 28 bzw. 30 Prozent, die diese Einsätze für eher oder vollkommen gerechtfertigt erachten. Zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen finden sich hier nur sehr geringe Unterschiede.

Deutlich größere Unterschiede zeigt die Analyse nach Geschlecht:¹ Männer erachten die Einsätze Israels und der USA deutlich häufiger als vollkommen oder eher gerechtfertigt als dies Frauen oder nicht-binäre Personen tun. Generell empfinden nicht-binäre Befragte alle Militäreinsätze bis auf einen als deutlich weniger gerechtfertigt als es Frauen, aber v.a. Männer, tun. Die einzige Ausnahme stellt der Einsatz des Iran gegen Israel dar. Hier sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern deutlich geringer. Im Altersvergleich zeigt sich, dass nur der Einsatz des Iran gegen Israel von älteren Personen für weniger gerechtfertigt erachtet wird, bei den anderen vier Militäreinsätzen sind es die jüngeren, die kritischer auf die Einsätze blicken.

Abbildung 2.1: Antworten auf die Frage, inwieweit bestimmte Militäreinsätze gerechtfertigt sind, nach Wohnort (Ost inkl. Berlin / West)



¹ Die Antwortkategorie nicht-binär sollte aufgrund der vergleichsweise geringen Fallzahlen (N=51) nur mit Vorsicht interpretiert werden.

Abbildung 2.2: Antworten auf die Frage, inwieweit bestimmte Militäreinsätze gerechtfertigt sind, nach Geschlecht

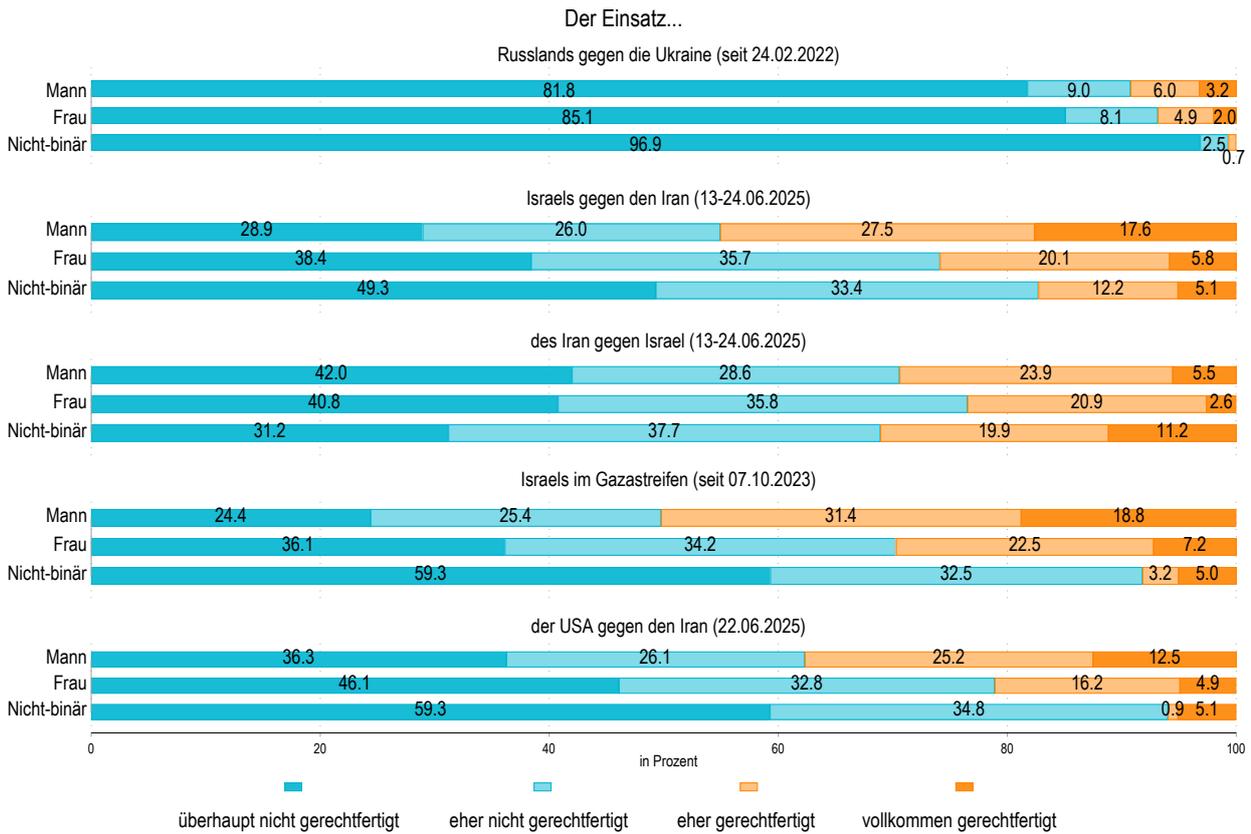
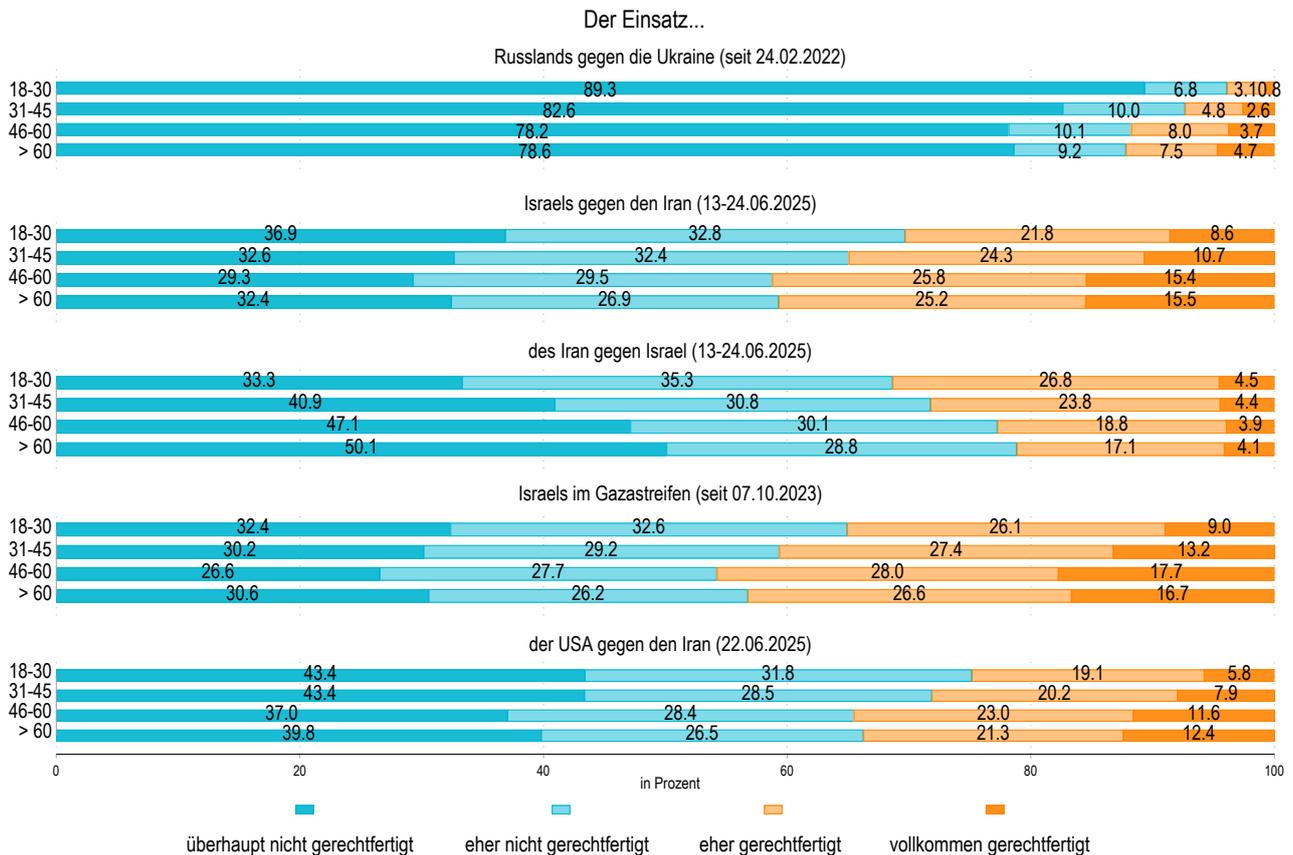


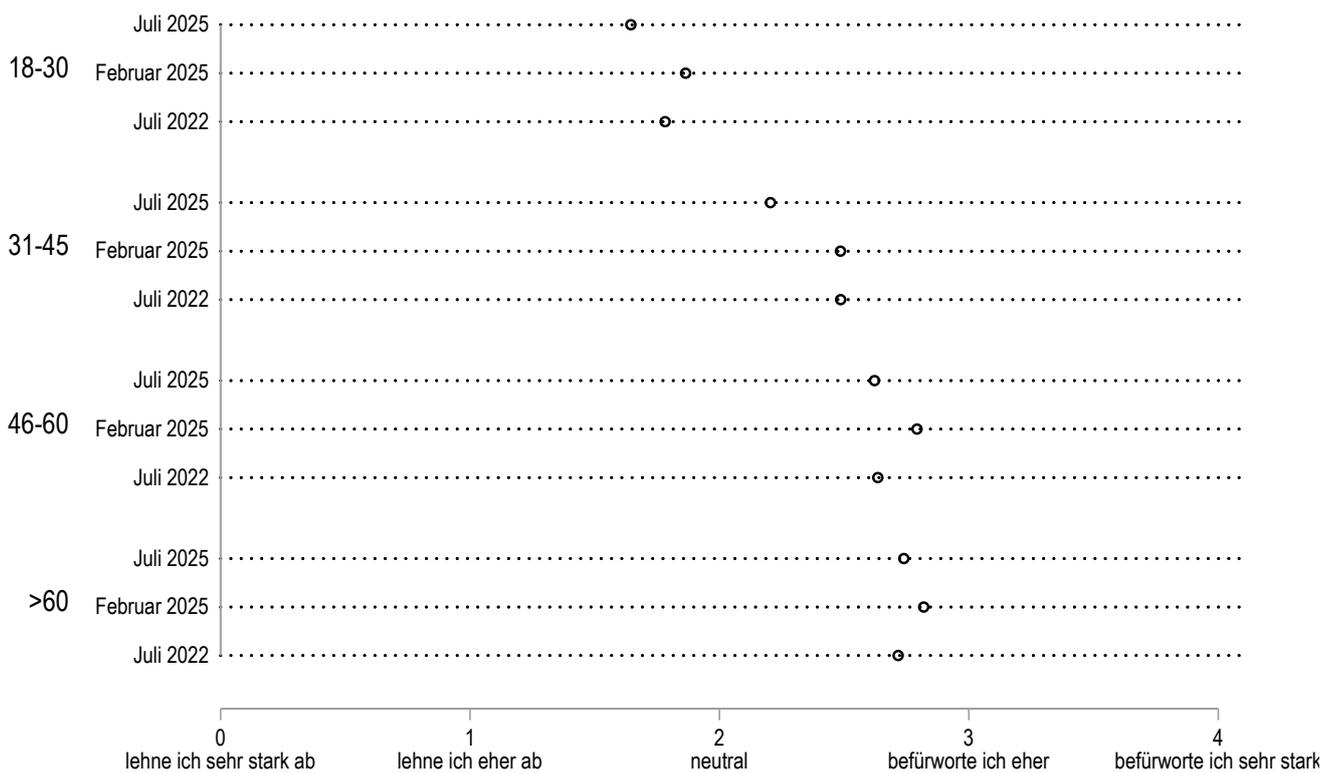
Abbildung 2.3: Antworten auf die Frage, inwieweit bestimmte Militäreinsätze gerechtfertigt sind, nach Altersgruppe



In den letzten Monaten nahm die politische und öffentliche Debatte über eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht deutlich an Fahrt auf. Im Politikpanel haben wir bereits dreimal die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefragt, wie sie zu einer allgemeinen Dienstpflicht für alle jungen Menschen stehen. Um eine solche einzuführen, müsste das Grundgesetz geändert werden, da Art. 12a bislang eine Wehrpflicht nur für Männer vorsieht. Die Wehrpflicht wurde 2011 unter dem damaligen CSU-Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg ausgesetzt.

Die Einstellungen zu einer allgemeinen Dienstpflicht unterscheiden sich deutlich zwischen den Altersgruppen. Die jüngste Kohorte, die potenziell selber einen solchen Dienst ableisten müsste, steht der Dienstpflicht am negativsten gegenüber. Es ist die einzige Altersgruppe, die im gewichteten Mittel links von der neutralen Mittelposition liegt (siehe Abb. 2.4). Zudem gehen die Zustimmungswerte im Vergleich zur Februar-Umfrage direkt nach der Bundestagswahl v.a. in den beiden jüngsten Alterskohorten deutlich zurück. Es sieht so aus, als würden die Bedenken bei den potentiell Betroffenen zunehmen, je konkreter die Planungen von Verteidigungsminister Pistorius für eine potentielle Wiedereinführung der Wehrpflicht werden: Aktuell soll der als notwendig erachtete Aufwuchs der Truppenstärke durch Freiwillige erfolgen. Nur sofern dies nicht ausreicht, soll auf eine Verpflichtung zurückgegriffen werden.

Abbildung 2.4: Durchschnittliche Einstellungen zu einer allgemeinen Dienstpflicht (nach Altersgruppen)



3. Weitere aktuelle Fragen – Regenbogenflaggen, Kritik an Israels Einsatz im Gazastreifen, militärische Unterstützung der Ukraine und Strompreise

In der Umfrage wurde nach vier in den letzten Wochen intensiv diskutierten Themen gefragt.

- a) Bei der Frage, ob vor staatlichen Gebäuden das Hissen von Regenbogenflaggen nicht erlaubt sein sollte, stimmen dieser Aussage etwa 27 Prozent der Befragten eher oder vollkommen zu, 62 Prozent stimmen eher oder vollkommen nicht zu und 11 Prozent sind neutral. Aufgegliedert nach Ost/West zeigt

sich, dass in beiden Landesteilen die Mehrheit der Befragten Regenbogenfahnen vor staatlichen Gebäuden erlauben würde, in Ostdeutschland ist die Skepsis hier jedoch stärker ausgeprägt. Deutlich stärkere Unterschiede finden sich, wenn man diese Frage nach Geschlecht getrennt analysiert. Während unter den Männern 36 Prozent (eher oder vollkommen) Regenbogenfahnen vor staatlichen Gebäuden ablehnen, sind es unter den Frauen nur 21 Prozent. Nach den Daten der nicht-binären Befragten wären 94 Prozent vollkommen dagegen, das Hissen von Regenbogenflaggen vor staatlichen Gebäuden zu verbieten und 6 Prozent vollkommen dafür. Aufgrund dieses unerwartet polarisierten Ergebnisses kann angenommen werden, dass die Frageformulierung mit der Verneinung (...*nicht erlaubt sein*) evtl. von einigen Befragten übersehen wurde. Bei der Analyse nach Altersgruppen zeigt sich, dass jüngere Befragte das Hissen von Regenbogenfahnen vor staatlichen Gebäuden sehr viel seltener verbieten würden als ältere. Während einem solchen Verbot unter den 18-30-Jährigen gerade einmal 17 Prozent eher oder vollkommen zustimmen, sind es unter den über 60-Jährigen 38 Prozent.

- b) Die Befragten wünschen sich mehrheitlich eine stärkere Kritik Deutschlands am israelischen Einsatz im Gazastreifen: 63 Prozent sehen dies eher oder vollkommen so. Im Westen sind es etwas mehr als im Osten. Frauen wünschen sich etwas häufiger eine stärkere Kritik als Männer. Insbesondere ist dies aber bei nicht-binären Personen der Fall – von diesen wünschen sich 93 Prozent eine stärkere Kritik durch Deutschland. Bei der Analyse nach Altersgruppen lässt sich tendenziell ein u-förmiger Effekt feststellen. Besonders die jüngste und die älteste Alterskohorte wünschen sich eine stärkere Kritik an Israels Einsatz im Gazastreifen.
- c) In Bezug auf die militärische Unterstützung der Ukraine wird von unseren Befragten eine Ausweitung der deutschen Militärhilfen mehrheitlich befürwortet: Knapp 57 Prozent sind eher oder vollkommen für eine Ausweitung der Militärhilfen. In Ostdeutschland ist die Unterstützung geringer als im Westen, v.a. finden sich dort sehr viel mehr Personen (12 Prozentpunkte mehr), die eine Ausweitung der deutschen Militärhilfen an die Ukraine vollkommen ablehnen. Betrachtet man diese Frage nach Geschlecht, zeigt sich, dass Männer einer Ausweitung häufiger vollkommen zustimmen, wohingegen Frauen häufiger die *stimme eher zu* oder *neutral* Kategorie wählen. In Bezug auf den Ukrainekrieg weichen die Einstellungen der nicht-binären Befragten weniger von denen der Frauen und Männer ab, als es bei der Frage nach dem Einsatz Israels im Gazastreifen der Fall ist. Die Aufgliederung nach Altersgruppen zeigt keine sehr großen Unterschiede, allerdings sind diese durchaus systematisch. Je jünger die Befragten sind, desto häufiger stimmen sie einer Ausweitung der Militärhilfen zu. Aber auch unter den beiden ältesten Alterskohorten befürwortet die Mehrheit der Befragten eine Ausweitung der deutschen Militärhilfen an die Ukraine eher oder vollkommen.
- d) Zuletzt wurde intensiv über die Senkung der Strompreise debattiert. Denn obgleich im Koalitionsvertrag eine solche für alle Stromkunden (Industrie, Handwerk, Privatpersonen) versprochen wurde, hat die Regierung zunächst nur Industrie und Landwirtschaft an dieser Stelle entlastet. Die große Mehrheit der Befragten ist hier der Meinung, dass neben Industrie und Landwirtschaft auch kleine und mittlere Unternehmen sowie Privatpersonen von einem reduzierten Strompreis profitieren sollten: Mehr als 84 Prozent sehen dies eher oder vollkommen so. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind dabei ebenso zu vernachlässigen wie die zwischen den Geschlechtern, wenn man davon absieht, dass Ostdeutsche sowie Männer und nicht-binäre Personen eine klarere Meinung haben als Westdeutsche und Frauen (d.h. häufiger *stimme vollkommen zu* wählen und seltener *stimme eher zu*). Ein etwas größerer Unterschied findet sich bei den Altersgruppen. Die jüngste Alterskohorte (18-30 Jahre) stimmt seltener voll und ganz einer solchen Reduzierung des Strompreises auch für KMUs und Privatpersonen zu. Insgesamt kann aber festgehalten werden, dass die Unterschiede nach Wohnort, Geschlecht und Alter bei dieser Frage deutlich geringer ausgeprägt sind als bei den anderen drei Fragen dieses Fragenblocks.

Abbildung 3.1: Zustimmung zu aktuellen Themen nach Wohnort (Ost inkl. Berlin / West)

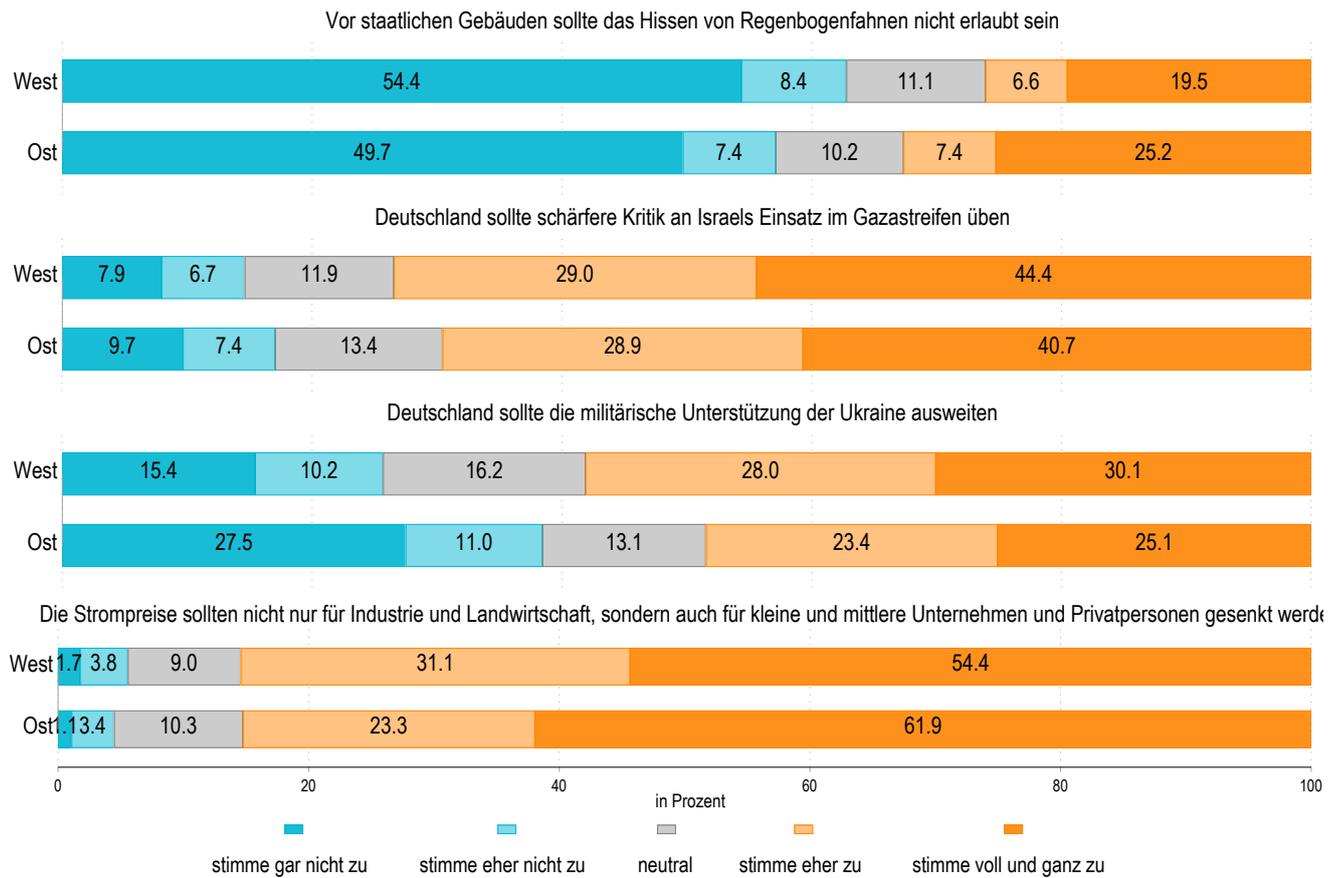


Abbildung 3.2: Zustimmung zu aktuellen Themen nach Geschlecht

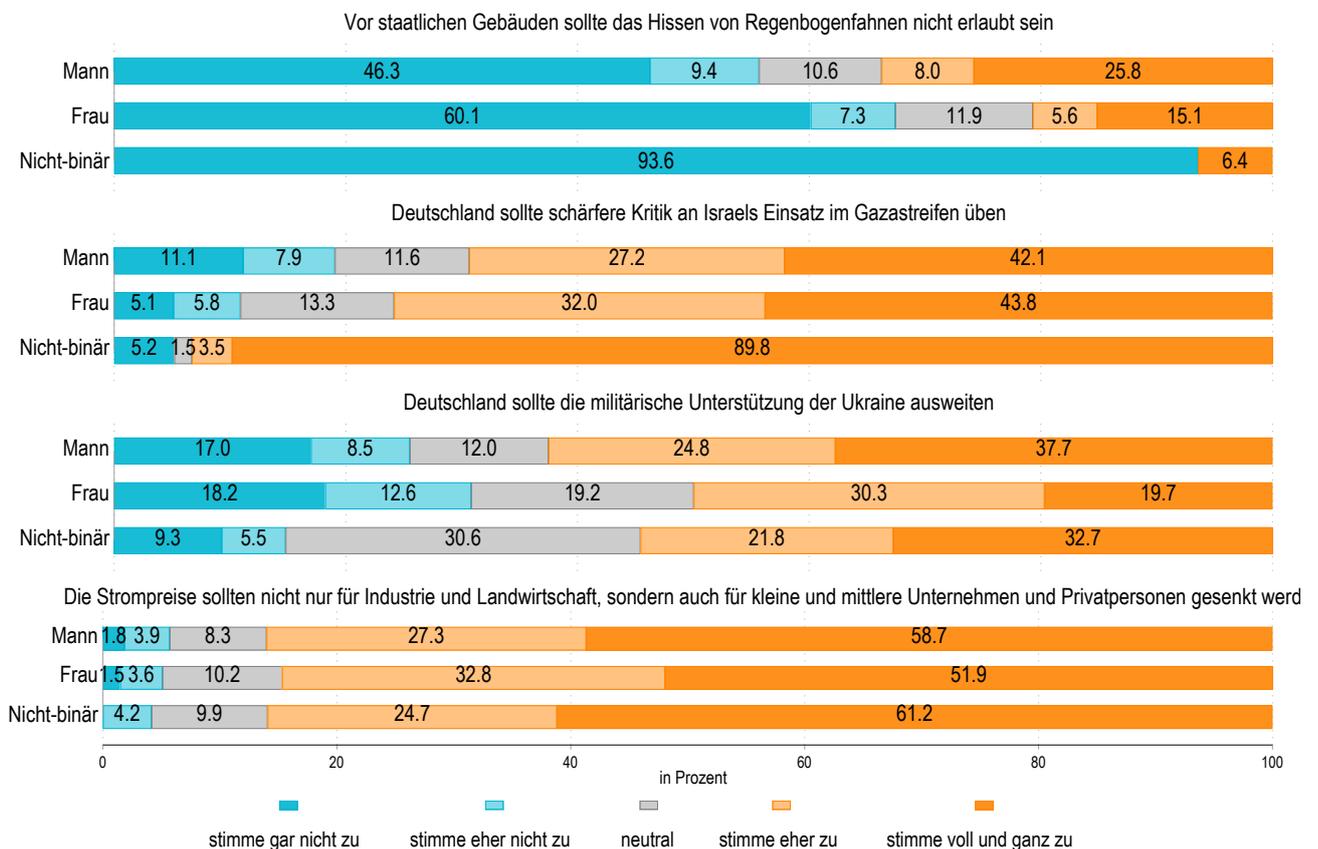
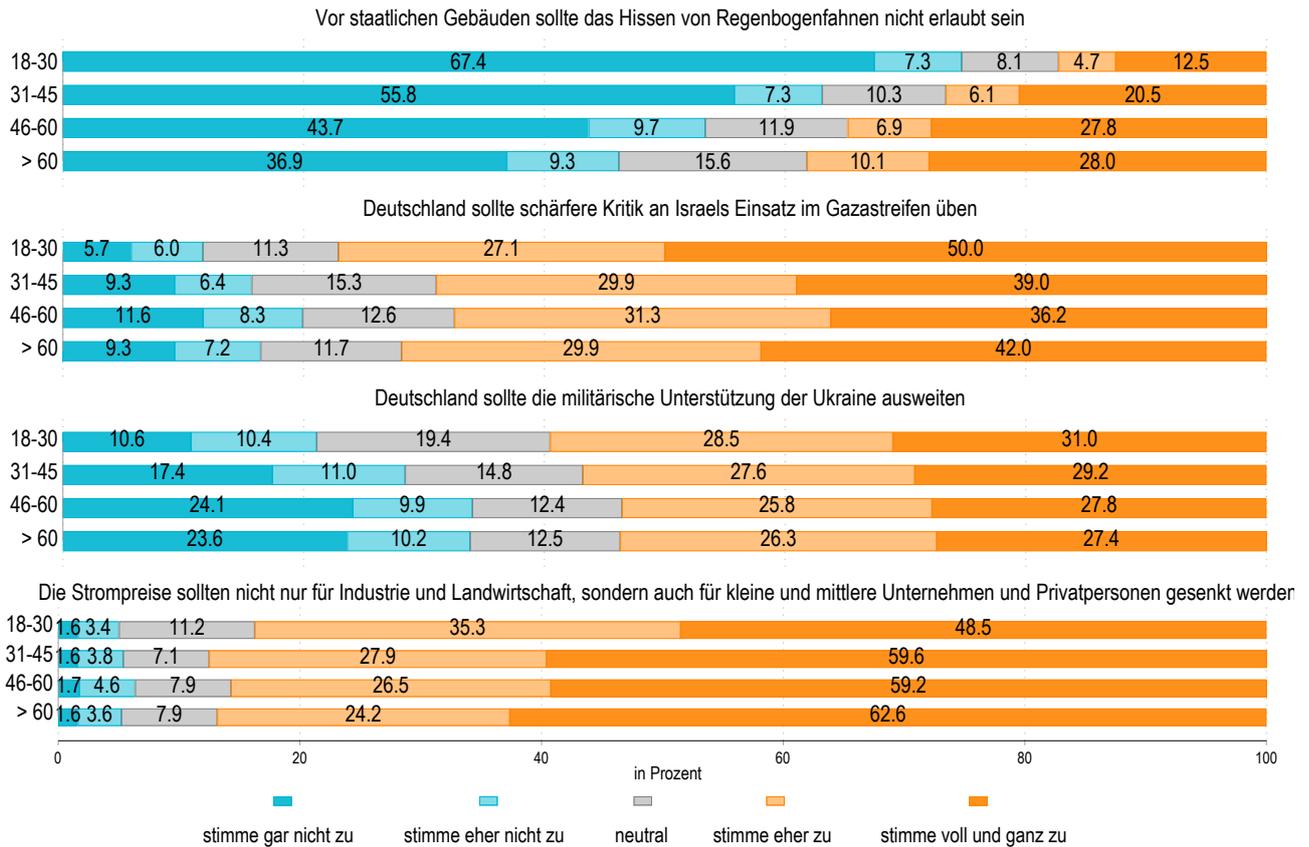


Abbildung 3.3: Zustimmung zu aktuellen Themen nach Altersgruppe

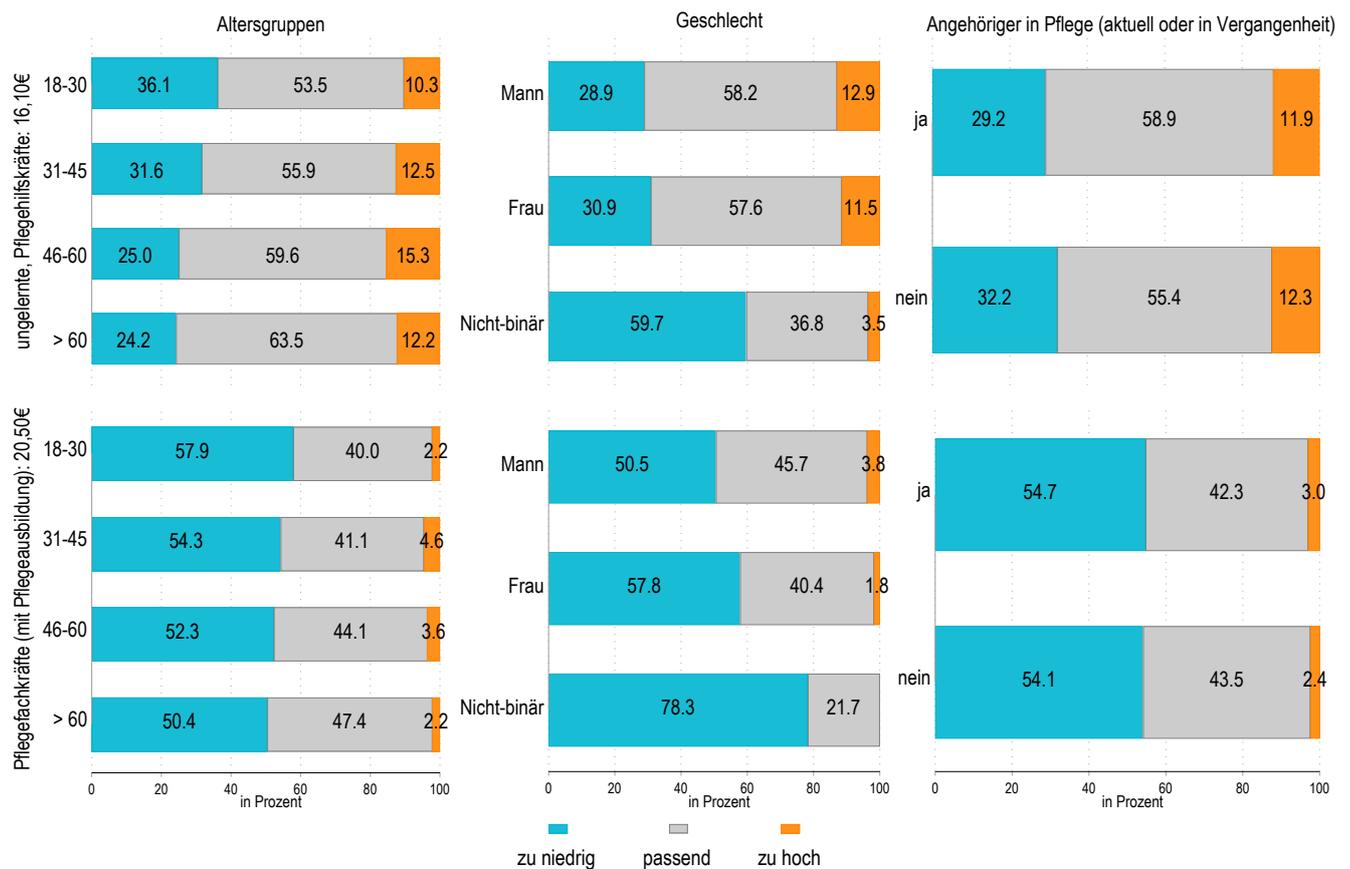


4. Pflege und Gesundheit

Ein Schwerpunkt dieser Politikpanel Befragung war das Thema Pflege und Gesundheit. Bei der Frage nach dem Mindestlohn in der Pflege unterscheiden die Befragten relativ deutlich zwischen ungelerten Pflegehilfskräften, bei denen die Mehrheit der Befragten den seit 01. Juli geltenden Mindestlohn von 16,10 Euro für angemessen erachtet. Über alle Befragte hinweg sind dies knapp 58 Prozent. 30 Prozent halten ihn für zu niedrig, 12 Prozent für zu hoch. Betrachtet man diese Frage nach Altersgruppen, zeigt sich, dass jüngere Befragte den Mindestlohn von Pflegehilfskräften häufiger als zu niedrig charakterisieren. Frauen halten den Lohn häufiger für *zu niedrig*, der Unterschied ist allerdings gering und liegt bei nur 2 Prozentpunkten. Nicht-binäre Befragte hingegen stechen erneut hervor, da sie mit großer Mehrheit den Mindestlohn für Pflegehilfskräfte als zu niedrig erachten. Zwischen Personen, bei denen ein naher Angehöriger gepflegt werden musste oder aktuell gepflegt wird (59 Prozent), und denen die dies nicht angegeben haben (41 Prozent) gibt es nur sehr geringe Unterschiede in der Frage, ob der Pflegemindestlohn angemessen ist. Interessanterweise sehen diejenigen ohne zu pflegenden Angehörigen den Mindestlohn für Pflegehilfskräfte häufiger als zu niedrig an als Personen, die einen Pflegefall in der Familie haben/hatten.

Die Ergebnisse für den Mindestlohn für ausgebildete Pflegefachkräfte (20,50 Euro) sind ähnlich, aber bewegen sich auf einem anderen Niveau. Hier ist die Mehrheit der Befragten (über 54 Prozent) der Meinung, dieser Mindestlohn sei zu niedrig. Erneut zeigt sich, dass der Lohn umso häufiger als zu niedrig angesehen wird, je jünger die Befragten sind. Erneut sehen ihn auch Frauen und v.a. nicht-binäre Personen deutlich häufiger als zu niedrig an als Männer. Keinerlei Unterschiede lassen sich hingegen bei dieser Frage zwischen Befragten feststellen, die einen zu pflegenden Angehörigen angegeben haben und denen, die dies verneint haben.

Abbildung 4.1: Ansichten zum seit 01. Juli geltenden Mindestlohn in der Pflege nach Altersgruppe, Geschlecht und eigener Erfahrung mit zu pflegendem Angehörigen



Ein großes Problem im Bereich Pflege ist der Mangel an Pflegepersonal, der sich aufgrund der Alterung der Gesellschaft in den nächsten Jahren noch verschärfen dürfte. Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Mehrheit der Befragten offen dafür, dass Deutschland Pflegekräfte aus dem Ausland anwirbt. 82 Prozent sind eher oder vollkommen der Meinung, dass Pflegekräfte aus dem europäischen Ausland angeworben werden sollten. Für Pflegekräfte von außerhalb Europas liegt die entsprechende Zustimmung bei 69 Prozent. Der Aussage, dass Deutschland nur auf deutsche Pflegekräfte zurückgreifen sollte, stimmen hingegen nur etwa 11 Prozent eher oder vollkommen zu. Betrachtet man diese Fragen erneut nach Altersgruppe, Geschlecht und Wohnort in Ost- bzw. Westdeutschland, zeigen sich insgesamt nur relativ geringe Unterschiede zwischen den Gruppen. Tendenziell erkennt man erneut einen u-förmigen Zusammenhang mit dem Alter, wobei die jüngste und älteste Altersgruppe ausländischen Pflegekräften (gleich ob aus der EU oder Nicht-EU-Ländern) positiver gegenüberstehen als die beiden mittleren Altersgruppen. Gleichzeitig stimmen Sie auch der Aussage häufiger nicht zu, dass Deutschland nur auf deutsche Pflegekräfte zurückgreifen sollte. Zwischen West und Ost lassen sich, wenn überhaupt, nur sehr geringe Unterschiede feststellen: Ein Rückgriff auf exklusiv deutsche Pflegekräfte wird dabei im Westen tendenziell kritischer gesehen als im Osten. Frauen zeigen sich minimal zurückhaltender, wenn es um die Anwerbung von Pflegekräften aus dem Ausland geht als Männer. Der Niveauunterschied zwischen europäischen und nicht-europäischen Pflegekräften, der bei Männern wie Frauen existent ist, ist bei nicht-binären Befragten weniger stark ausgeprägt. Diese sind auch in Bezug auf die Aussage, dass Deutschland nur auf deutsche Pflegekräfte zurückgreifen sollte, deutlich negativer eingestellt als Männer und Frauen.

Abbildung 4.2: Einstellung zur Anwerbung ausländischer Pflegekräfte nach Altersgruppe

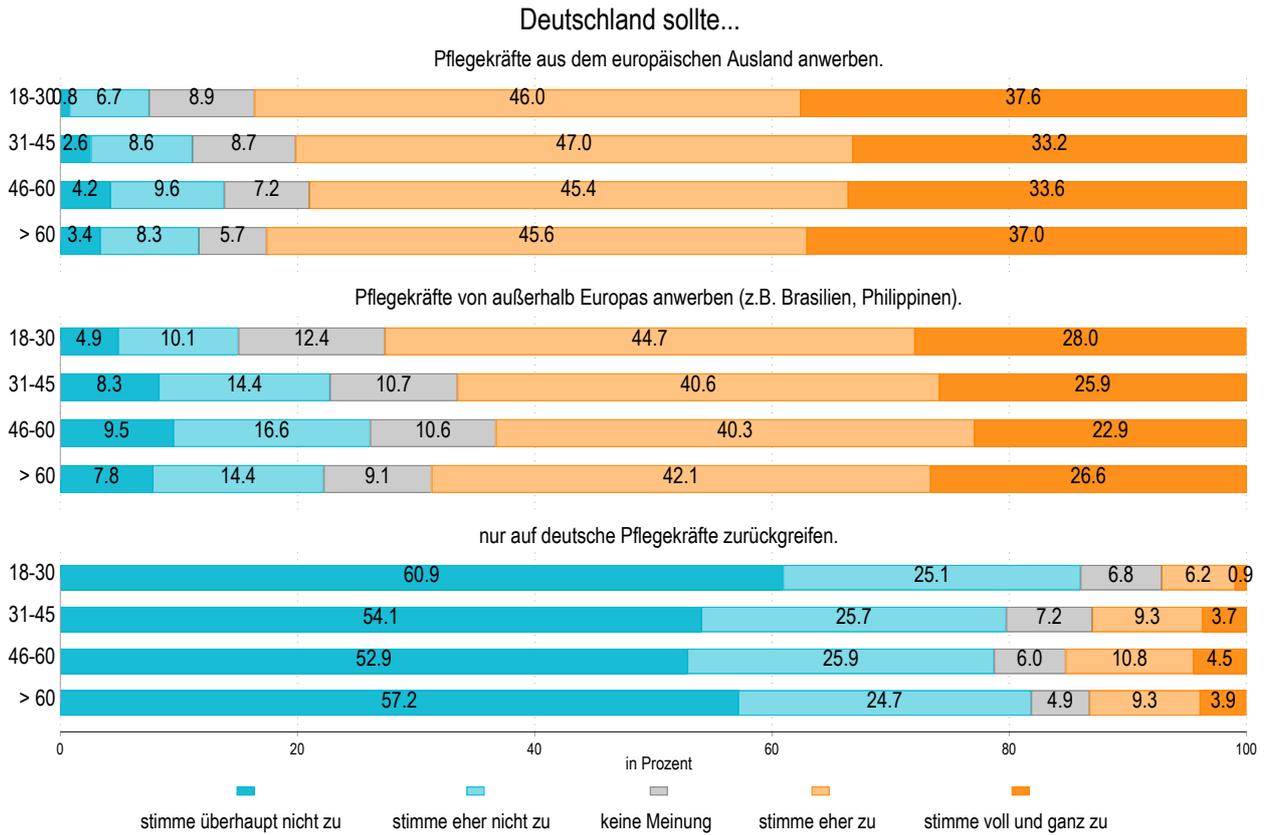


Abbildung 4.3: Einstellung zur Anwerbung ausländischer Pflegekräfte nach Wohnort (Ost inkl. Berlin / West)

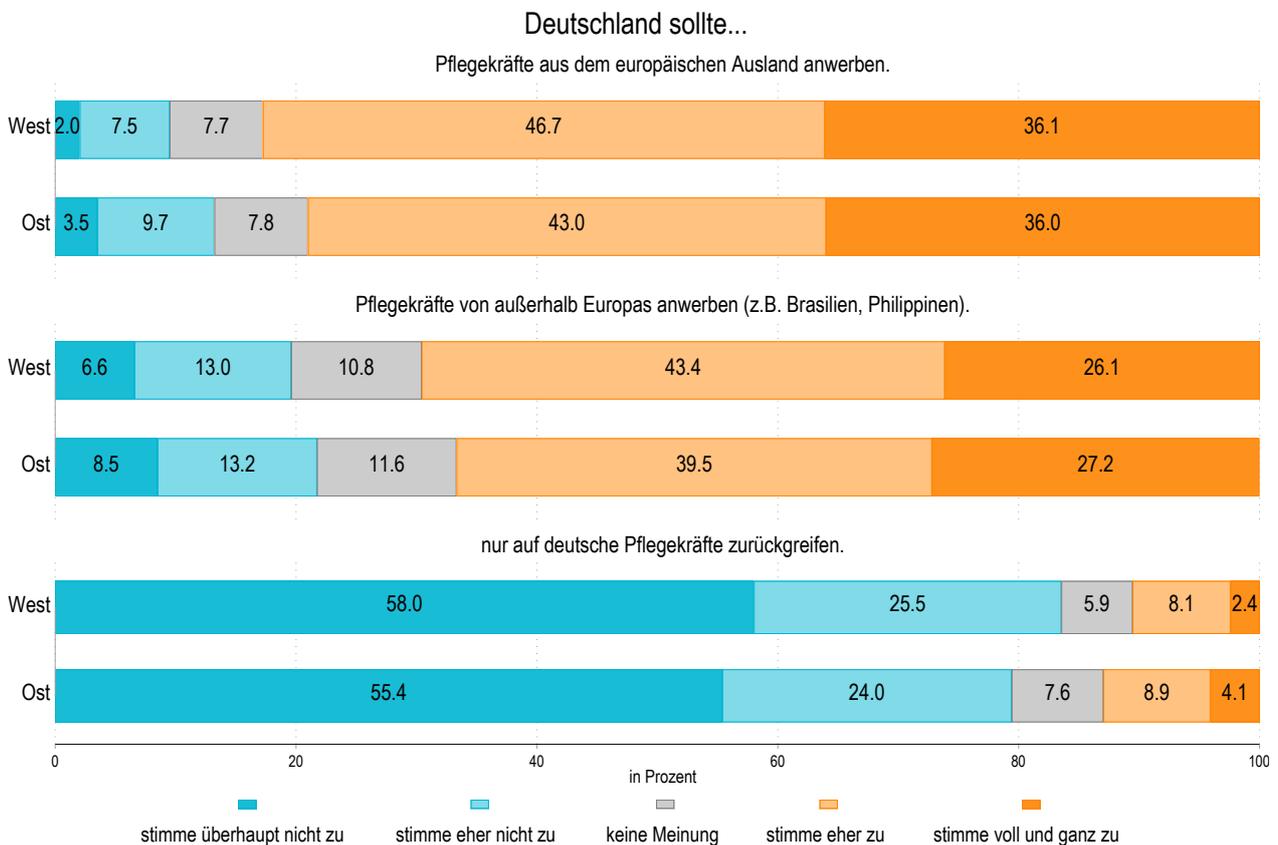
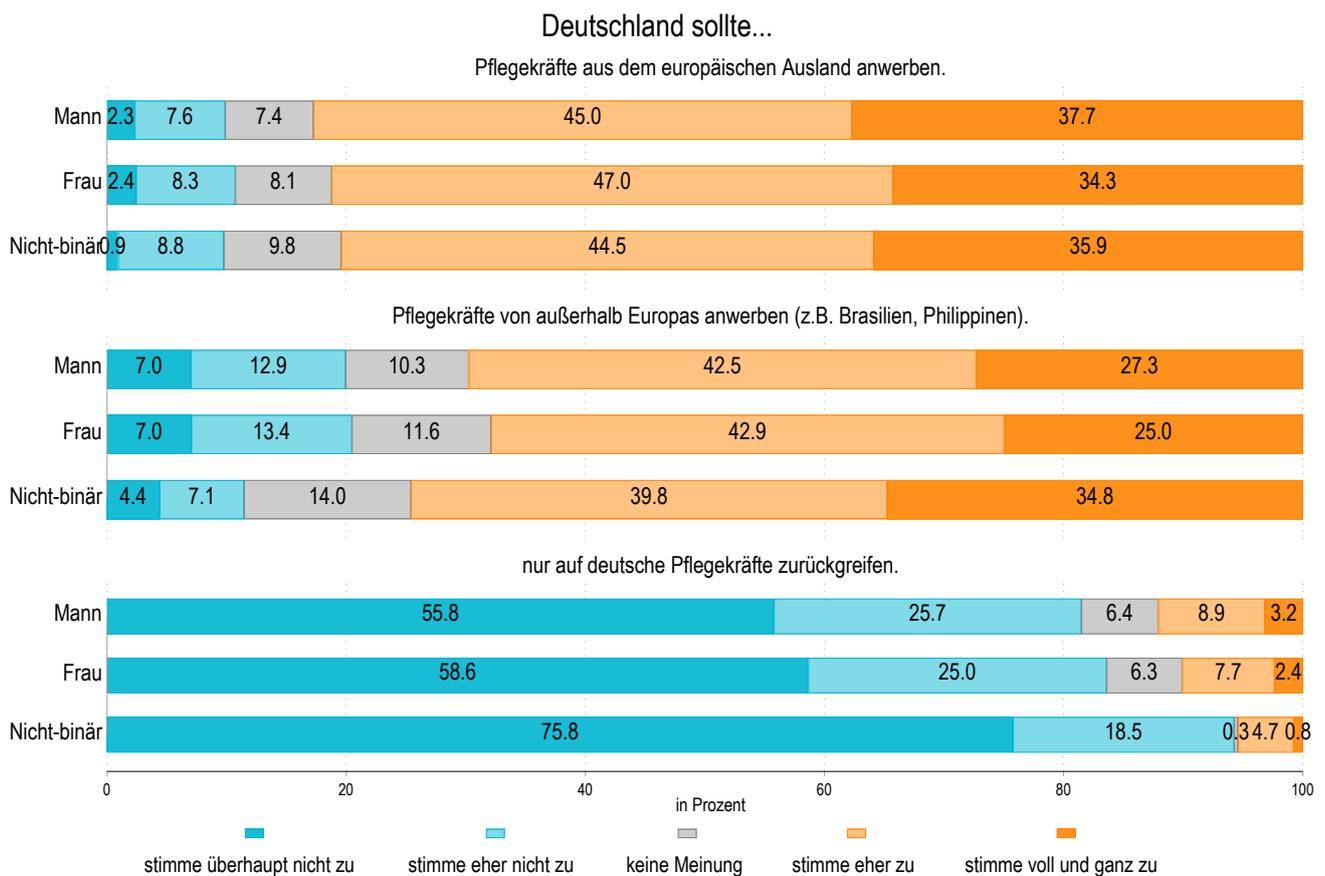
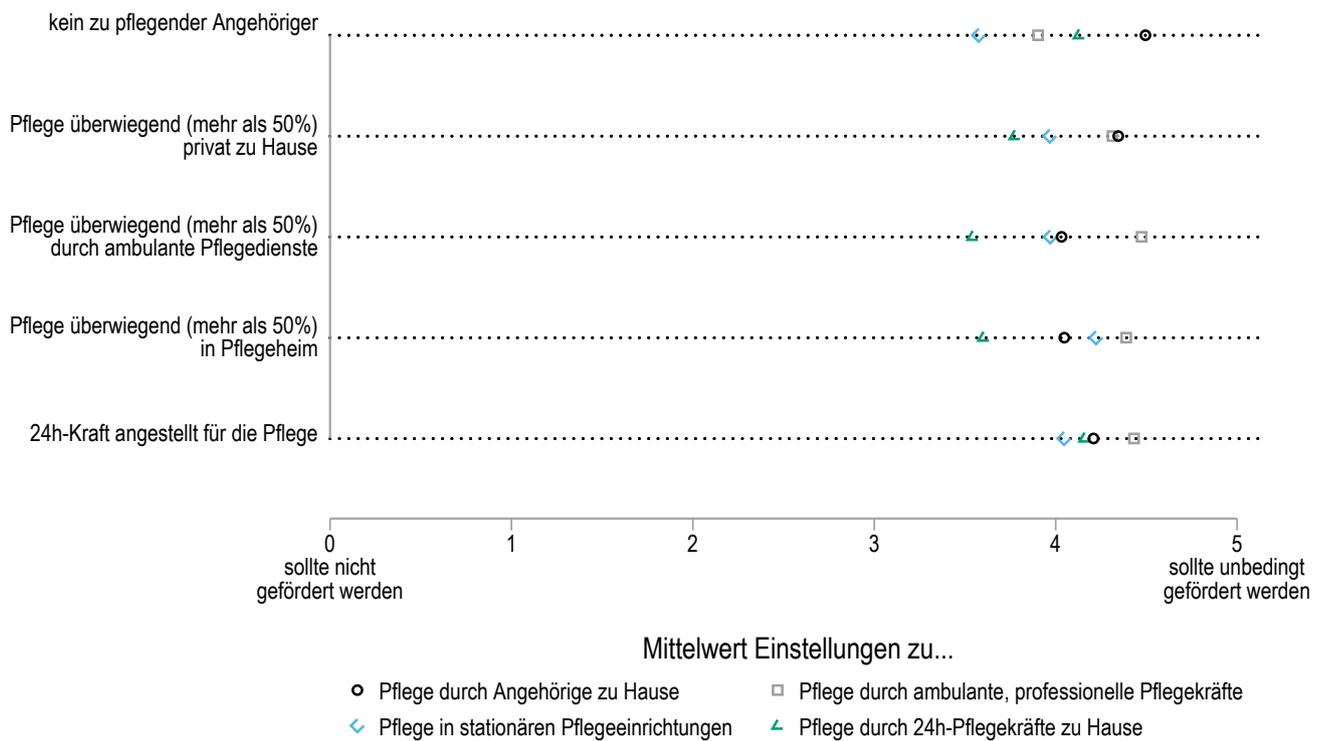


Abbildung 4.4: Einstellung zur Anwerbung ausländischer Pflegekräfte nach Geschlecht



Die Befragten sind sich mehrheitlich einig darin, dass alle Formen der Pflege gefördert werden sollten. Keine der abgefragten Pflegearten (Pflege durch Angehörige zu Hause, Pflege durch ambulante Pflegekräfte, Pflege in stationären Pflegeeinrichtungen und Pflege durch 24h-Pflegekräfte zu Hause) wird mehrheitlich als nicht förderungswürdig betrachtet. Bei der Frage, welche Form der Pflege besonders gefördert werden sollte, zeigen sich allerdings Unterschiede danach, ob Befragte einen Angehörigen angegeben haben, der in der Vergangenheit/aktuell längerfristig (d.h. für mehr als einen Monat) auf Pflege angewiesen ist oder war. Personen, die diese Frage verneinen, sehen insbesondere die häusliche Pflege als förderungswürdig an. Bei Befragten mit zu pflegenden Angehörigen wird insbesondere die ambulante Pflege durch professionelle Pflegekräfte als förderungswürdig bewertet, insbesondere dann, wenn der zu pflegende Angehörige durch einen solchen Pflegedienst, oder auch eine 24h-Kraft gepflegt wird oder wurde. Generell zeigt sich, dass diejenige Pflegeform, auf die man beim eigenen Angehörigen zurückgegriffen hat bzw. zurückgreift, tendenziell als förderungswürdiger gesehen wird als die anderen. Die ambulante Pflege sticht hier allerdings zweifelsohne als besonders förderungswürdig heraus. Dies gilt im Besonderen unter denjenigen Befragten, die Erfahrung mit professioneller Pflege gemacht haben.

Abbildung 4.5: Ansichten zu Förderungswürdigkeit verschiedener Pflegeformen danach, ob man einen zu pflegenden Angehörigen hat/hatte und der für diesen Angehörigen überwiegend genutzten Pflegeform



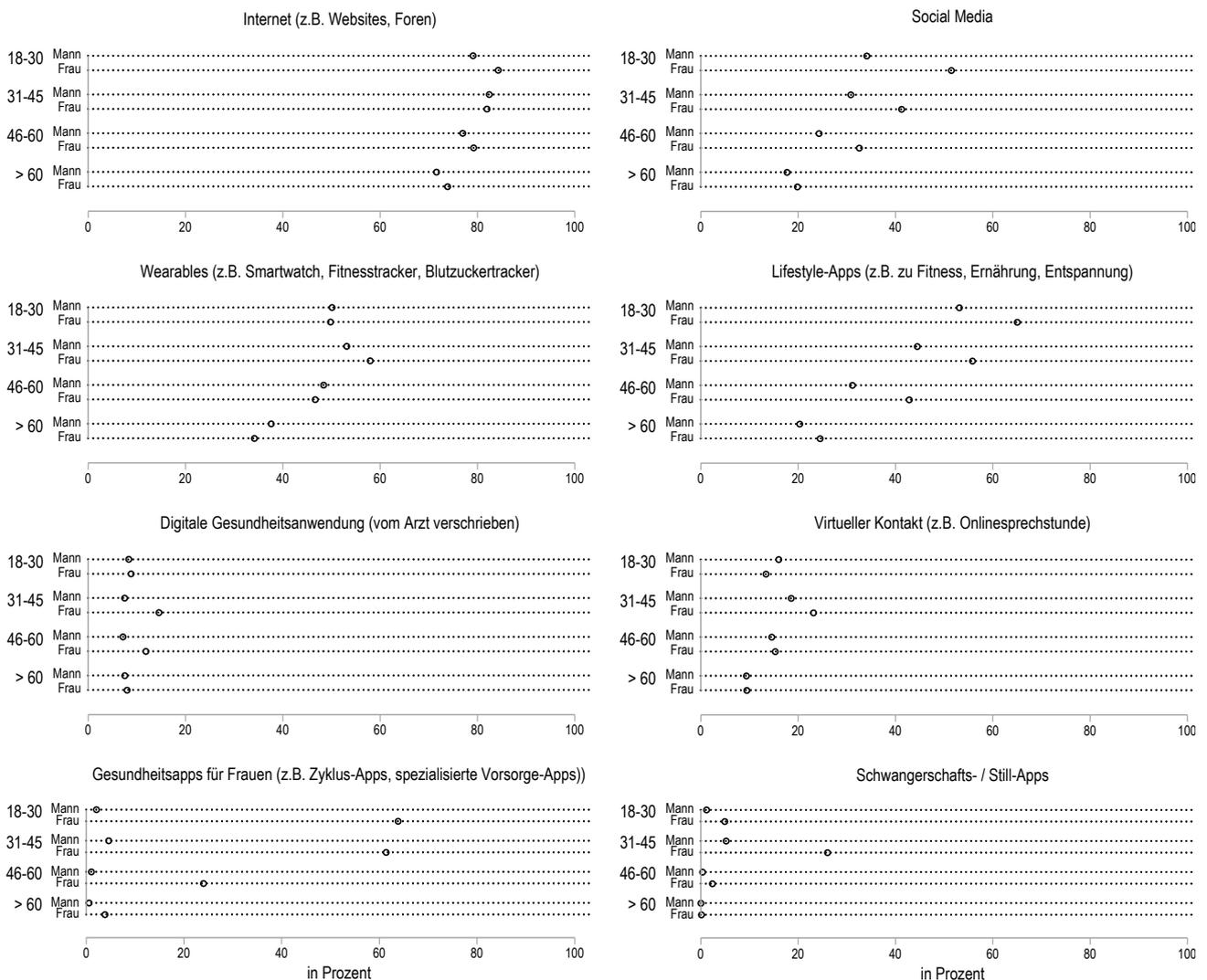
5. Gesundheit

Zum Thema Gesundheit waren ebenfalls einige Fragen in dieser Politikpanel-Umfrage enthalten. Zunächst wollten wir wissen, inwieweit die Befragten digitale Quellen bzw. Anwendungen zur Unterstützung ihrer Gesundheit nutzen. Aufgegliedert nach Altersgruppen und Geschlecht² zeigen sich je nach digitaler Quelle/Anwendung teilweise große, teilweise nur sehr geringe Unterschiede. So finden sich nur geringe Unterschiede in der Nutzung von Internetseiten/Foren zu Gesundheitsthemen. Zwischen über 70 und etwa 85 Prozent nutzen diese über alle Altersgruppen und Männer/Frauen hinweg. Bei Social Media hingegen ist sowohl ein deutlicher Alterseffekt erkennbar (jüngere greifen häufiger auf Social Media zurück, um sich über Gesundheitsthemen zu informieren), als auch ein Geschlechterunterschied (Frauen häufiger als Männer). Dieser Geschlechterunterschied nimmt mit steigendem Alter jedoch deutlich ab. Wearables nutzen insgesamt etwa die Hälfte der Befragten: Die älteste Kohorte etwas seltener. Bei Lifestyle-Apps sehen wir ein ähnliches Nutzungsverhalten wie bei Social Media. Frauen und Jüngere nutzen diese häufiger. Vom Arzt verschriebene, digitale Gesundheitsanwendungen (DiGAs) werden insgesamt nur selten genutzt, am ehesten noch mit bis zu 15 Prozent Nutzungshäufigkeit von Frauen zwischen 31 und 60 Jahren. Auch auf die Möglichkeit virtueller Kontakte (z.B. im Rahmen von Onlinesprechstunden) greifen vergleichsweise wenige Befragte zurück. Hier ist die Altersgruppe der 31- bis 45-Jährigen mit um die 20 Prozent Nutzung die Spitzenreiterin. Spezialisierte Gesundheitsapps für Frauen (z.B. Zyklus-Apps oder Vorsorge-Apps) werden von Frauen in den ersten beiden Alterskohorten mehrheitlich (ca. zu 60 Prozent) genutzt. Schwangerschafts- und/oder Still-Apps nutzt nur eine Minderheit der befragten Frauen. In der Gruppe der 31-45-jährigen Frauen sind es etwa 25 Prozent.³

² Die Kategorie *nicht-binär* wird bei dieser Darstellung ausgeklammert, da die Fallzahlen zu gering wären für sinnvolle statistische Aussagen wenn man gleichzeitig auch nach Altersgruppen unterteilt.

³ In Deutschland waren Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes 2023 im Durchschnitt knapp 30 Jahre alt. Die Altersgruppe 31-45 sollte damit auch am ehesten mit Schwangerschafts- und Still-Apps in Kontakt gekommen

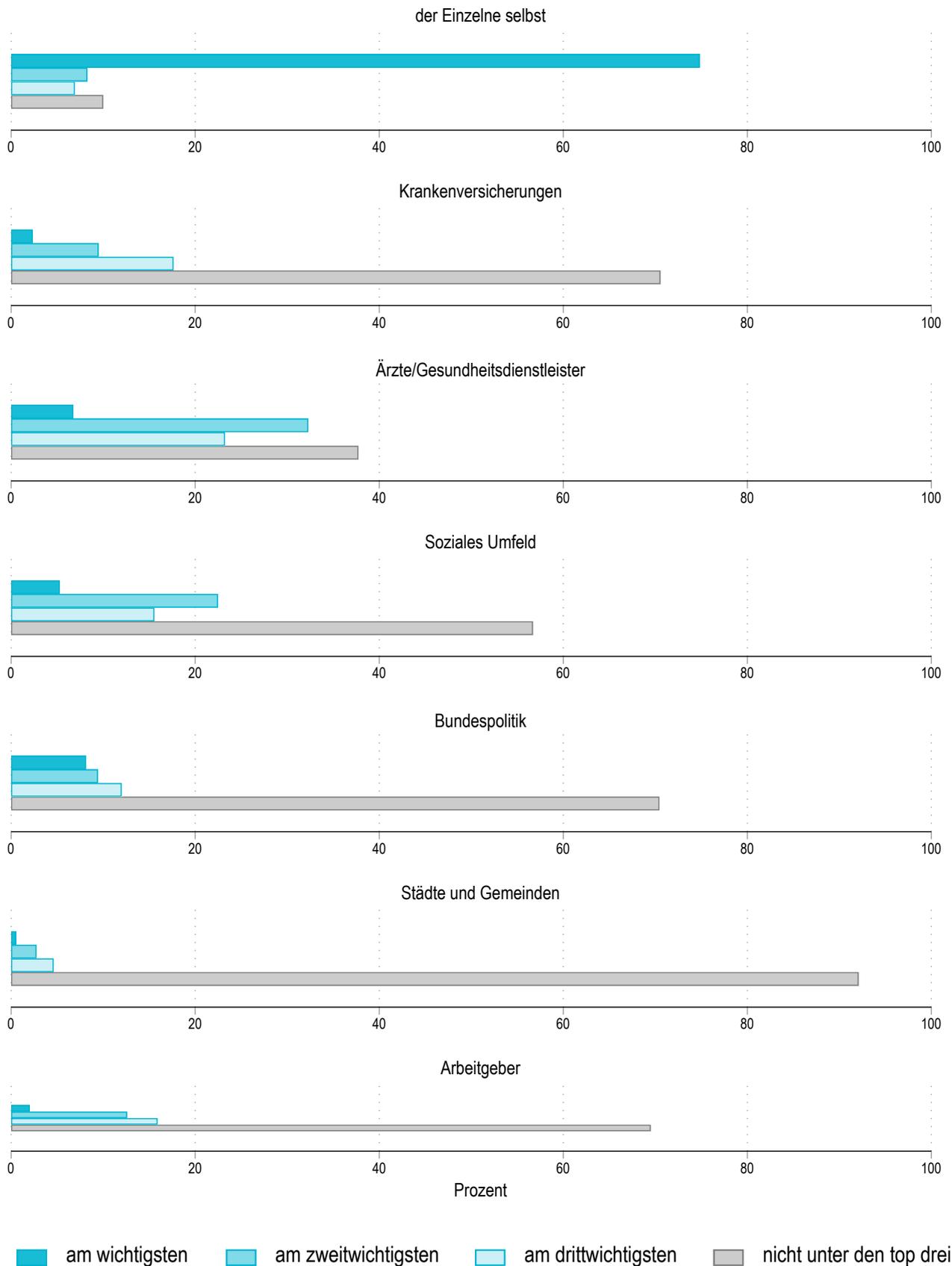
Abbildung 5.1: Nutzung digitaler Quellen/Anwendungen zur Unterstützung der eigenen Gesundheit



Bei der Frage, wer vor allem dafür verantwortlich ist, dass Menschen gesund bleiben, wurden die Befragten gebeten, die ihrer Meinung nach drei wichtigsten Faktoren anzuklicken und zwar in der Reihenfolge der Wichtigkeit. Das Ergebnis zeigt, dass die überwiegende Mehrheit v.a. den Einzelnen selbst in der Verantwortung für die eigene Gesundheit sieht. 90 Prozent der Befragten nannten „den Einzelnen“ als einen der drei wichtigsten Faktoren, nur 10 Prozent taten dies nicht. Danach folgen in der Reihenfolge der kumulierten drei Wichtigkeitswerte Ärzte und Gesundheitsdienstleister (62 Prozent sehen diese unter den Top 3) und das soziale Umfeld (43 Prozent). Krankenversicherungen, die Bundespolitik und Arbeitgeber werden hingegen nur von 30 Prozent der Befragten unter den Top 3 Kategorien genannt. Am seltensten genannt werden Städte und Gemeinden. Nur 8 Prozent der Befragten sagen, dass diese im Vergleich zu den anderen Dingen unter den Top-3-Faktoren für die Gesundheit des Menschen zu verorten wären.

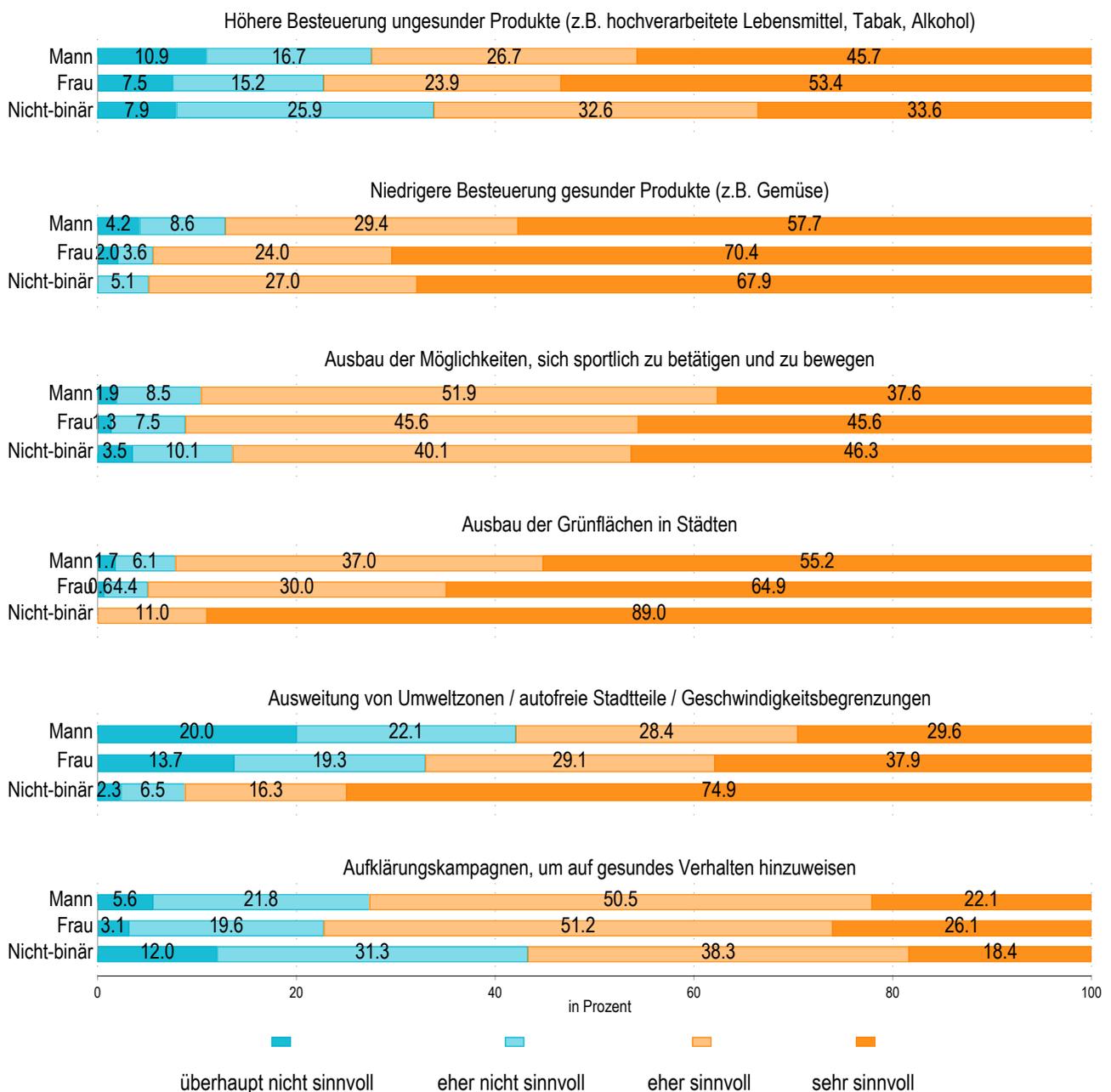
sein (vgl. <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Bevoelkerung/Alter-bei-Geburt.html>).

Abbildung 5.2: Wer ist Ihrer Meinung nach vor allem dafür verantwortlich, dass Menschen gesund bleiben? Bitte wählen Sie die drei wichtigsten Kategorien aus. 1 = am wichtigsten, 2 = am zweitwichtigsten, 3 = am dritt wichtigsten.



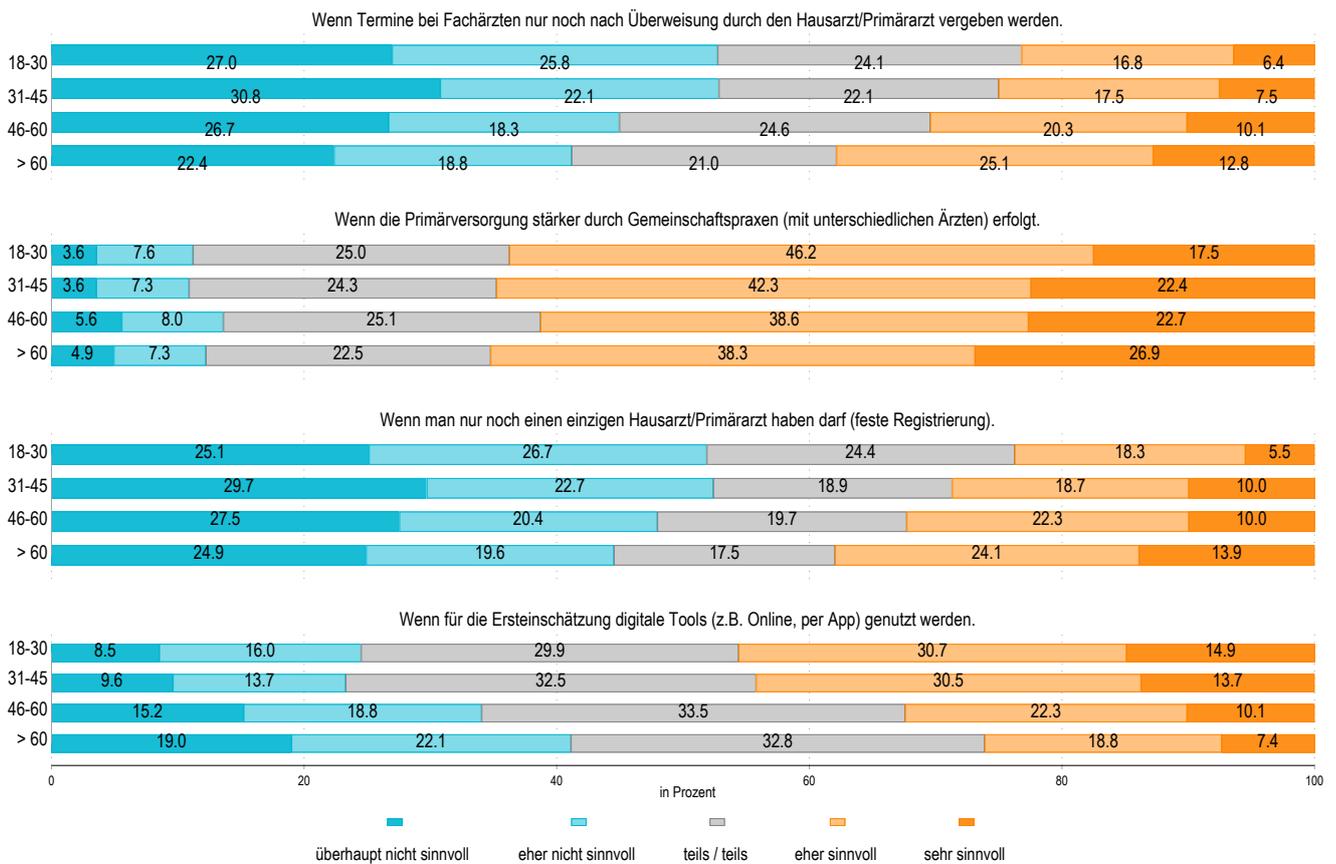
Zur Förderung der allgemeinen Gesundheit werden unterschiedliche Ansätze diskutiert. Die Einstellungen der Befragten zu einigen davon haben wir in dieser Politikpanel-Umfrage erhoben. Die höchste Zustimmung erfährt der Ausbau von Grünflächen in Städten, besonders bei Frauen und nicht-binären Befragten. Steuerliche Anreize werden ebenfalls mehrheitlich positiv gesehen, wobei die Befragten unabhängig von ihrem Geschlecht niedrigere Steuern für gesunde Produkte einer höheren Besteuerung ungesunder Produkte vorziehen. Umstrittener ist der Ansatz über eine Ausweitung von Umweltzonen, autofreie Stadtteile und Geschwindigkeitsbegrenzungen die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern. Während etwa 91 Prozent der nicht-binären Befragten und 67 Prozent der Frauen dies für eher oder sehr sinnvoll erachten, sind es unter den Männern nur 58 Prozent. Aufklärungskampagnen werden hingegen von nicht-binären Befragten für deutlich weniger sinnvoll erachtet als von Männern und Frauen.

Abbildung 5.3: Für wie sinnvoll halten Sie die folgenden Maßnahmen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern?



Aktuell wird über die konkrete Ausgestaltung eines im Koalitionsvertrag vereinbarten neuen Hausarztmodells (Primärarztmodell) diskutiert. Auch hierzu hatten wir Fragen in der Umfrage. Je älter die Befragten sind, desto eher halten sie es für sinnvoll, dass Termine bei Fachärzten nur nach vorheriger Überweisung durch den Hausarzt/Primärarzt vergeben werden. Gleichwohl auch in dieser Altersgruppe die relative Mehrheit der Befragten dies eher oder vollkommen ablehnt. Ein ähnliches Bild bietet die Frage nach einer festen Registrierung bei einem Hausarzt sowie die Möglichkeit, dass die Primärversorgung verstärkt durch Gemeinschaftspraxen (mit unterschiedlichen Ärzten) erfolgt. Auch hier ist die älteste Altersgruppe tendenziell am aufgeschlossens-ten. Anders sieht es bei der Idee aus, dass für die Ersteinschätzung digitale Tools (z.B. per App) genutzt werden, bevor man einen Arzttermin wahrnimmt. Dies wird v.a. von den jüngeren Altersgruppen positiv gesehen.

Abbildung 5.4: Einstellungen zu möglichen Elementen eines neuen Hausarztmodells



6. Digitale Spiele / Gaming

Ein weiteres Element dieser Politikpanel Umfrage waren digitale Spiele / Games. Dabei wurden die Befragten einerseits gefragt, wie sie zu digitalen Spielen stehen und welche Auswirkungen sie diesen zuschreiben. Andererseits wurde nach dem eigenen Nutzungsverhalten gefragt. Kombiniert man diese beiden Fragen, ergeben sich interessante Befunde. So stimmen diejenigen, die nie oder nur maximal ein bis zwei Mal im Jahr digitale Spiele spielen, zu über 70 Prozent der Aussage eher oder vollkommen zu, dass Games süchtig machen. Unter denjenigen, die mindestens ein bis zwei Mal im Monat spielen, sehen diese Gefahr nur etwa 51 Prozent der Befragten. Noch deutlicher ist der Unterschied bei der Aussage, dass digitale Spiele von der Realität entfremden. Während dieser Aussage knapp 7 Prozent der häufigeren Gamer voll und ganz zustimmen, sind es unter denjenigen, die nie oder sehr selten spielen, mehr als ein Viertel. Umgekehrt sehen diejenigen, die häufiger spielen auch eher positive Aspekte digitaler Spiele. So sagen immerhin 32 Prozent, dass sie beim Lernen helfen und 29 Prozent, dass sie gesellschaftlich relevante Themen aufgreifen. Insgesamt besteht, wie erwartet, eine große Diskrepanz zwischen denjenigen, die Games nutzen und denjenigen, die das nicht tun.

Abbildung 6.1: Einstellungen zu Aussagen über digitale Spiele/Games, nach eigener Nutzungshäufigkeit von digitalen Spielen

